

Landvolkverbände Niedersächsische Küste

- Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland e.V.
- Kreisverband Aurich
- Kreisverband Leer
- Kreisverband Norden-Emden
- Kreisverband Wittmund
- Kreislandvolkverband Friesland e.V.
- Kreislandvolkverband Wesermarsch e. V.
- Kreislandvolkverband Wesermünde e.V.
- Kreisbauernverband Land Hadeln e.V.
- Ammerländer Landvolkverband e.V.
- Kreislandvolkverband Osterholz e.V.
- Kreislandvolkverband Stade e.V.



Südweg 2, 26607 Aurich
Tel: 0 4941 – 60 90 250
hv.aurich@lhv.de

Aurich, 05.03.2024

Sehr geehrter Herr Saathoff,

der Bundestag hat inzwischen das Haushaltsgesetz und das zweite Haushaltfinanzierungsgesetz verabschiedet. Das Abstimmungsergebnis ist für die Landwirtschaft sehr enttäuschend. Eine abschließende Entscheidung des Bundesrates darüber, ob die Agrardieselentlastung nun doch gestrichen wird, steht noch aus.

Den Landwirtinnen und Landwirten geht es aber längst nicht mehr nur um den Agrardiesel. Denn der bisherige Umgang der Bundesregierung mit der Agrardieselentlastung ist bezeichnend dafür, wie Politik in den vergangenen Jahren mit der Landwirtschaft umgegangen ist. Den landwirtschaftlichen Betrieben fehlen Planbarkeit und Zukunftsperspektiven. Die Regierungsparteien haben uns in den vergangenen Wochen versprochen, gemeinsam mit der Landwirtschaft auch in anderen Bereichen konkrete Entlastungen und Erleichterungen zu schaffen.

Leider können wir derzeit noch keine greifbaren Bemühungen der Regierung erkennen, ihr Versprechen umzusetzen. Die Landvolkverbände niedersächsische Küste richten deshalb **konkrete Kernforderungen** an die Bundesregierung, welche sie in kurzer Zeit umsetzen könnte:

- I. Wir fordern eine **vollständige Rücknahme des Beschlusses über die Streichung der Steuerentlastung beim Agrardiesel**
Zusätzlich fordern wir eine Steuerbefreiung für nicht-fossile Kraftstoffe
- II. Wir fordern eine **steuerliche Entlastung** durch
 - eine unbefristete Fortführung der Tarifglättung für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
 - die Einführung einer steuerfreien Gewinnrücklage für land- und forstwirtschaftliche Betriebe
 - Verzicht auf die fehlerhaft berechnete Absenkung des Pauschalsteuersatzes für Landwirte bei der Umsatzsteuer
 - eine Anhebung der Umsatzgrenze für Umsatzsteuerpauschalierung auf 800.000 €
 - eine Anhebung der Gewinngrenze für Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibung auf 300.000 €
- III. Wir fordern ein **Moratorium für geplante nationale Auflagen**, welche die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zusätzlich über EU-Standard belasten (aktuelle Beispiele sind geplante Änderungen des Tierschutzgesetzes, des Bundeswaldgesetzes oder der Pflanzenschutzanwendungsverordnung) sowie die **Übernahme von EU-Standards ohne "Aufsatteln"**, z. B. bei Auflagen in der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln, in Anforderungen der Tierschutznutztierhaltungsverordnung oder der Umsetzung der EU-Regelungen für entwaldungsfreie Lieferketten.
- IV. Wir fordern den **Rückbau von Überregulierungen und den Abbau von Bürokratie**, zum Beispiel
 - im Düngerecht (z. B. die Abschaffung der Stromstoffbilanzierung und Reduzierung der schlagbezogenen Aufzeichnungen für N/P-Düngung auf die ausgebrachte Jahresmenge, Befreiung bedarfsgerecht düngender Betriebe von Auflagen in „roten“ Gebieten, komplett Herausnahme von Grünland aus den Roten Gebieten, Streichung des

- pauschalen Ausbringungsverbot von N/P-haltige Dünger auf gefrorenen Böden...)
- Gleichstellung von Acker- und Wirtschaftsgrünland im Förderrecht, Naturschutz- und Pflanzenschutzrecht
- im Pflanzenschutzrecht (z. B. die Abschaffung pauschaler nationaler Pflanzenschutzanwendungsverbote bestimmter Mittel in Schutzgebieten ohne Berücksichtigung der lokalen Schutzverordnungen, Zulassung von Glyphosatanwendungen bei Grünlanderneuerung
- bei der Umsetzung der "1. Säule" der EU-GAP (z. B. praxistaugliche Gestaltung der sog. GLÖZ-Standards, praxistaugliche Ökoregelungen insbesondere für intensive Grünlandnutzungen), Abschaffung von GLÖZ 9, bis dahin umgehend Inkraftsetzung einer Länderermächtigung, Grünlanderneuerung ohne Antrag
- beim Naturschutzrecht (z. B. gesetzliche Klarstellung, dass Nutzungswechsel zwischen Acker, Dauergrünland, Dauerkulturen und Brache kein Eingriff nach BNatSchG darstellen)
- Abschaffung des Verbandklagerechts

- V.** Wir fordern **Planungssicherheit und finanzielle Unterstützung** für die Weiterentwicklung einer **wettbewerbsfähigen Tierhaltung**, (z.B. durch Förderung von Investitionen in eine moderne Silagelagerung, eine angemessene, nachhaltige Honorierung von freiwilligen Tierwohlmaßnahmen, Zulassung einer regulären Jagd auf Wölfe)
- VI.** Wir fordern eine **vorherige Einbeziehung des Berufsstandes bei der Entwicklung von Gesetzesinitiativen** der Bundesregierung nach dem Vorbild des Niedersächsischen Weges mit der Maßgabe, dass einvernehmliche Lösungen gesucht werden müssen, zur Umsetzung vorrangig kooperative Angebote genutzt werden und einvernehmlich akzeptierte finanzielle und bürokratische Nachteile mindestens 1:1 ausgeglichen werden
- VII.** Wir fordern eine bessere **Anerkennung des Eigentums und des Schutzes des Bodens**, z.B. durch
 - die vorrangige Errichtung von Freileitungen im Hochspannungsbereich zur Erreichung der nationalen Stromnetzausbauziele anstelle von Erdkabeln
 - Einführung einer Beweislast des Projektträgers von Leitungsbauvorhaben z. B. bei festgestellten Flur- und Aufwuchsschäden, insbesondere auch für Langzeitschäden,
 - eine Befreiung von Stromtrassenentschädigungen in der Einkommenssteuer,
 - eine zeitlich wiederkehrende Entschädigung von dauerhaften Bodeninanspruchnahmen für Durchleitungsrechte....

Diese Aufzählung ist selbstverständlich nicht abschließend zu verstehen, sondern gibt nur die im Küstenraum Niedersachsens dringendsten Baustellen wieder. Wir bitten Sie, daher um Ihre Unterstützung im Bundestag, um den Landwirtinnen und Landwirten im Küstenraum Niedersachsens und in ganz Deutschland wieder Perspektiven für die Zukunft zu geben und die heimische Landwirtschaft voranzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Karsten Padeken
Vors. KLV Wesermarsch

gez. Manfred Tannen
Präs. LHV Ostfriesland

gez. Lars Kaper
Vors. KLV Friesland

gez. Johann Knabbe
Vors. KLV Stade

gez. Heiko Andreesen
Vors. KV Aurich

gez. Jan Heusmann
Vors. KLV Wesermünde

gez. Klaus Borde
Vors. KV Leer

gez. Heino Klintworth
Vors. KLV Land Hadeln

gez. Carl Noosten
Vors. KV Norden-Emden

gez. Felix Müller
Vors. Ammerländer
Landvolkverband

gez. Stephan Warnken
Vors. KLV Osterholz

gez. Günter Lüken
Vors. KV Wittmund



Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland e. V.

Ostfriesisches Landvolk

Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland e.V.
Präsident Manfred Tannen – Südeweg 2 – 26607 Aurich

Manfred Tannen
Präsident

SPD Wahlkreisbüro
Herrn Johann Saathoff MdB
Burggraben 46
26506 Norden

Heinz-Hermann Hertz-Kleptow
Geschäftsführer
Tel.: 04941 609-250

Aurich, 5. März 2024

Anliegen an die Bundestags- und Landtagsabgeordneten in Ostfriesland

Sehr geehrter Herr Saathoff,

infolge der Proteste um die Steuererstattung beim Agrardiesel und der damit verbundenen Diskussion um Erleichterungen für die Landwirtschaft, haben sich die Landvolkverbände entlang der gesamten niedersächsischen Nordseeküste abgestimmt und konkrete Vorschläge erarbeitet.

Das Ergebnis liegt diesem Schreiben bei. Wir bitten Sie die aufgeführten Punkte im Rahmen Ihrer Möglichkeiten als Grundlage zu nutzen, um unserer ostfriesischen Landwirtschaft eine nachhaltige Existenz zu ermöglichen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Tannen
Präsident

